

TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 2 | 2023



UN-Sozialausschuss
erschüttert KP-Narrativ

2



4 Einzelfall:
Karma Samdrup

Zwangsinternate
für tibetische Kinder

3



UN-SOZIALAUSSCHUSS ERSCHÜTTERT KP-NARRATIV

Editorial



Kai Müller,
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Rund 40 Vertreter der chinesischen Regierung und „inoffizielle“ Repräsentanten Pekings, entsandt von chinesischen GONGOs, also „falschen NGOs“, hatten sich unter die Zivilgesellschaft gemischt. Viel Aufwand für eine Anhörung vor einem fast nur Experten bekannten UN-Gremium, dem Sozialausschuss der Vereinten Nationen. Doch: die Überprüfung Chinas vor dem UN-Sozialausschuss Mitte Februar hatte es in sich. Das hatte der Ausschuss schon vorab mit seiner „List of Issues“ deutlich gemacht. Auf der Themenliste: Internierungs- und Umerziehungslager in Ost-Turkestan, Zwangsinternate und massenhafte Umsiedlungen in Tibet, die Situation in Hongkong, die Lage verfolgter Menschenrechtsverteidiger und die Assimilierungspolitik der KP Chinas gegenüber Tibetern und Uiguren – wie sind diese eindeutigen Menschenrechtsverletzungen in Einklang zu bringen mit Chinas 2001 ratifizierten Verpflichtungen aus dem UN-Sozialpakt?

Die am 6. März veröffentlichten Schlussfolgerungen des Ausschusses sind deutlich. Auf Tibet bezogen fordert er darin das sofortige Ende des Internatensystems für tibetische Kinder und von Zwangsansiedlungen. Betroffen von

diesen Programmen sind weit mehr als eine Million Tibeterrinnen und Tibeter, Familien und Kinder sowie Nomaden, Bauern und die Landbevölkerung Tibets. Der Ausschuss zeigt sich überdies besorgt über die Zurückdrängung der tibetischen Kultur und moniert insbesondere die Sprachenpolitik in den Schulen Tibets.

Nach der Lektüre der „Concluding Observations“, den „abschließenden Beobachtungen“ des Ausschusses, ergibt sich ein klares Bild: Die chinesische Regierung verstößt systematisch gegen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und damit gegen ihre Verpflichtungen aus dem UN-Sozialpakt. Der Ausschuss erschüttert damit ein Narrativ der chinesischen Regierung, das gerne auch bei uns reproduziert wird: Dass die KP Chinas im Interesse der von ihr unterworfenen Völker handelt und diesen Fortschritt und soziale Sicherheit gewährt. Vielleicht die wichtigste Beobachtung aus der Anhörung Chinas.



Mehr Informationen:

ICT-Pressemitteilung vom 6. März 2023:

<http://bit.ly/3ZR9PCB>

UN-HOCHKOMMISSAR THEMATISIERT CHINA, UIGUREN UND TIBETER

In seinem ersten „Oral Update“ vor dem UN-Menschenrechtsrat am 7. März hat Hochkommissar Volker Türk, Nachfolger von Michelle Bachelet, die Menschenrechtssituation in China thematisiert. Türk: „In Bezug auf China haben wir Kommunikationskanäle mit einer Reihe von Akteuren eröffnet, um eine Vielzahl von Menschenrechtsfragen zu verfolgen, einschließlich des Schutzes von Minderheiten, etwa für Tibeter, Uiguren und andere Gruppen. In der Region Xinjiang hat mein Büro schwerwiegende Bedenken dokumentiert – insbesondere groß angelegte willkürliche Inhaftierungen und anhaltende Familientrennungen – und wichtige Empfehlungen ausgesprochen, die konkrete Folgemaßnahmen erfordern. Wir sind auch besorgt über die schwerwiegenden Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums im Allgemeinen, einschließlich der willkürlichen Inhaftierung

von Menschenrechtsverteidigern und Rechtsanwälten; und die Auswirkungen des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong.“

Aus Sicht der International Campaign for Tibet ist das Statement des Hochkommissars zu begrüßen. Es stellt jedoch ein absolutes Minimum an politischer Positionierung dar und es wird entscheidend sein, ob der Hochkommissar die Empfehlungen der eigenen Experten mit Nachdruck unterstützt und etwa für die Schaffung eines Sondermechanismus zu China im Menschenrechtsrat eintritt – und sich nicht auf Stille Diplomatie beschränkt.



Mehr Informationen:

Pressemitteilung des OHCHR vom 7. März 2023:

<https://bit.ly/3ZQhhxY>

ZWANGSINTERNATE FÜR BIS ZU EINER MILLION TIBETISCHER KINDER



UN-EXPERTEN WEITER BESORGT ÜBER ASSIMILATIONSPOLITIK DER KP CHINAS

In einer am 6. Februar veröffentlichten Pressemitteilung haben drei UN-Experten ihre große Besorgnis über die menschenrechtswidrige Assimilationspolitik der chinesischen Regierung gegen die Tibeter bekräftigt. In diesem Zusammenhang haben die UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen, für das Recht auf Bildung und für kulturelle Rechte besonders darauf hingewiesen, dass aktuell bis zu einer Million tibetischer Kinder von der Politik der chinesischen Regierung betroffen sind, die diese Kinder von ihren Familien trennen und darauf abzielen, „die tibetische Bevölkerung kulturell, religiös und sprachlich durch ein Internatsschulsystem zu assimilieren“.

In den Internatsschulen, so die Sorge der UN-Experten, seien die Bildungsinhalte und -umgebungen auf der Mehrheitskultur der Han-Chinesen aufgebaut, wobei der Lehrbuchinhalt fast ausschließlich die gelebte Erfahrung der Han-Schüler widerspiegeln. Tibetische Kinder würden gezwungen, einen „Pflichtschullehrplan“ in Mandarin-Chinesisch zu absolvieren, ohne Zugang zu traditionellem oder für sie kulturell relevantem Lernen. Die staatlichen Schulen ermöglichen zudem keinen Unterricht, der Sprache, Geschichte und Kultur Tibets vermittelt. „Infolgedessen verlieren tibetische Kinder die Fähigkeit, ihre Muttersprache zu sprechen und so leicht mit ihren Eltern und Großeltern in der tibetischen Sprache zu kommunizieren, was zu ihrer Assimilation und Erosion ihrer Identität beiträgt“, so die UN-Experten weiter.

Aus Sicht der International Campaign for Tibet (ICT) richten sich die Zwangsinternate systematisch gegen die tibetische Sprache und Kultur, wodurch einer ganzen Generation von Tibetern der Verlust ihrer kulturellen Identität droht. Umso mehr begrüßt die ICT das klare Statement der UN-Sonderberichterstatter über die Zwangsinternate in Tibet. Gleichzeitig appelliert die ICT an die internationale Gemeinschaft, UN-Gremien, Regierungen und Parlamente, die chinesische Regierung mit Nachdruck und öffentlich dazu aufzufordern, ihre sogenannte Sinisierungs- und Assimilationspolitik gegen die Tibeter zu beenden.

In einer Stellungnahme zur Pressemitteilung der UN-Sonderberichterstatter bezeichnete die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Renata Alt (FDP), daraufhin das Internatssystem in Tibet als „grobe Menschenrechtsverletzung“, die „aufs Schärfste zu verurteilen sei.“ Im Mai 2022 hatte die Parlamentsgruppe Tibet im Deutschen Bundestag den tibetischen Experten Dr. Gyal Lo zu Gast, der als Augenzeuge über die Zwangsinternate in Tibet berichtete. In einer Stellungnahme bezeichnete der Vorsitzende der Parlamentsgruppe, Michael Brand (CDU/CSU), das Internatssystem als „gewaltiges Verbrechen“ und forderte eine „globale Initiative“ zum Schutz tibetischer Kinder.

Die UN-Sonderberichterstatter hatten sich bereits im November 2022 mit einem Schreiben direkt an die chinesische Regierung gewandt und ihre „ernsthafte Besorgnis“ über eine „groß angelegte Kampagne der chinesischen Behörden zur Assimilation der tibetischen Kultur und Sprache“ geäußert. Die Zwangsinternate für tibetische Kinder wurden ebenso bei der Anhörung Chinas im UN-Sozialausschuss am 15. und 16. Februar durch die Ausschussmitglieder thematisiert.

Mit Blick auf die Zwangsinternate für tibetische Kinder bestätigte die chinesische Delegation vor dem UN-Sozialausschuss die Existenz dieser Einrichtungen für Tibeter, leugnete aber den Zwangscharakter dieser Schulen und die Tatsache, dass tibetische Sprache und Kultur durch diese Schulen zurückgedrängt werden. Die Ausschussmitglieder wiederholten indes die von den UN-Sonderberichterstattern in ihrer Pressemitteilung geäußerte Besorgnis in Bezug auf die Erosion der tibetischen Sprache „im Streben nach einem einheitlichen Lehrplan und der nationalen gemeinsamen Sprachpolitik“, die zur Ersetzung von Tibetisch durch Chinesisch als Unterrichtsmedium in Schulen in ganz Tibet und auch in Kindergärten geführt habe.



Mehr Informationen:

Pressemitteilung der UN-Sonderberichterstatter vom 6. Februar 2023:

<https://bit.ly/3YdayNn>

SORGE UM DIE GESUNDHEIT VON KARMA SAMDRUP



Karma Samdrup wurde am 24. Juni 2010 wegen angeblichen „Grabraubes“ vom Volksgericht im Kreis Yanqi, Autonome Provinz Xinjiang (Ostturkestan), zu 15 Jahren Haft verurteilt. Dabei war der Vorwurf des „Grabraubes“ gegen den damals 42-jährigen tibetischen Geschäftsmann, bekannten Sammler tibetischer Kunst und Gründer der preisgekrönten Umweltschutzgruppe „Snowlands Three Rivers“ bereits 1998 von den Strafverfolgungsbehörden zugunsten Samdrups fallen gelassen worden. Dennoch wurde er am 7. Januar 2010 erneut festgenommen, nachdem er sich zuvor vergeblich um die Freilassung seiner beiden Brüder Chime Namgyal und Rinchen Samdrup bemüht hatte, die im August 2009 aufgrund ihres Engagements für Artenschutz verhaftet worden waren.

MUSTER VON FOLTER UND MISSHANDLUNG

Chime Namgyal und Rinchen Samdrup wurden offenbar verhaftet und zu Haftstrafen von fünf Jahren, beziehungsweise 21 Monaten, verurteilt, weil sie einen örtlichen Polizeichef öffentlich kritisiert hatten, der gefährdete Tierarten in einem tibetischen Naturschutzgebiet gejagt hatte. Es liegt also auf der Hand, dass die Anklage aufgrund des „Grabraubes“ vorgeschoben war und Karma Samdrup in Wirklichkeit festgenommen wurde, weil er sich für die Freilassung seiner Brüder eingesetzt hatte.

Berichten zufolge wurde Karma Samdrup in Haft mindestens sechs Monate lang gefoltert und die Vermutung liegt nahe, dass auch sein Geständnis unter Folter erpresst wurde. Samdrup selbst hatte vor Gericht ausgesagt, dass er nach seiner Verhaftung Schlägen, Schlafentzug und weiteren massiven Misshandlungen durch die chinesischen

Strafvollzugsbeamten ausgesetzt war. Bis heute ist Samdrup gesundheitlich angeschlagen und er darf zudem seit Beginn der Covid-Pandemie Anfang 2020 keinen Besuch empfangen.

Aus Sicht der International Campaign for Tibet (ICT) besteht akuter Anlass zur Sorge, dass Karma Samdrup, wie bereits viele andere Tibeter vor ihm, zum Opfer des Musters von Folter und Misshandlung in Haft wird. Allein 2015 dokumentierte ICT insgesamt 29 Fälle, in denen Tibeter im Gefängnis Folter und Misshandlungen ausgesetzt waren. Viele der gefolterten Tibeter starben dabei nach ihrer Haftentlassung auch aufgrund mangelhafter medizinischer Behandlung.

Ein ICT-Bericht hat darüber hinaus im Juni 2022 insgesamt 50 Fälle tibetischer Umweltverteidiger, wie Karma Samdrup, dokumentiert, die seit 2008 verfolgt wurden, lange Haftstrafen erhalten haben und dabei ebenfalls häufig Folter und Misshandlung erleiden mussten.



Mehr Informationen:

ICT-Bericht vom Juni 2022:

<https://bit.ly/3AAzXYu>

ICT-Pressemitteilung vom 25.01.2021:

<http://bit.ly/3miOuWh>

Impressum TIBET³⁶⁰

Herausgeber:
International Campaign for Tibet
Deutschland e.V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

V. i. S. d. P.: Kai Müller

Stand: 9. März 2023

Druck: Arnold Group, Großbeeren



+++newsTICKER+++



Foto: Estonian Foreign Ministry-CC-BY:2.0

ICT appelliert an G20-Außenminister, sich gegen Zwangsinternate in Tibet auszusprechen:

<http://bit.ly/3yfwMUp>



Quelle: RFA

Tibetischer Mönch Geshe Phende Gyaltzen stirbt in chinesischer Haft:

bit.ly/3yc0726

Offener Brief an die EU: Organisationen fordern, „bedeutungslosen“ Menschenrechtsdialog mit Peking auszusetzen:

<http://bit.ly/3mvQpVP>

Student verhaftet: China bestraft das Zeigen buddhistischer Flaggen bei Neujahrsveranstaltung in Tibet:

<http://bit.ly/3Jhijxt>

Newsletter

Die International Campaign for Tibet versendet regelmäßig per E-Mail aktuelle Informationen über Tibet und die Arbeit der ICT.

<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>



INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET